

**Die pflegerische Versorgung der Bevölkerung muss in allen Sektoren des Gesundheitswesens gesichert, Versorgungslücken geschlossen, Risiken minimiert und die Personalnot beendet werden**

**Forderung 1 - Personalbemessung und Vergütung**

Der DPR fordert die gesetzliche Festlegung einer verbindlichen Personalausstattung für die Pflegeberufe und die Hebammen. Diese ist u.a. durch eine attraktive Vergütung der Pflegenden und durch einen Ausgleich im Finanzierungssystem abzusichern, um damit attraktive Arbeitsbedingen zu schaffen.

**Antwort:**

Altenpflegerinnen und Altenpfleger und Beschäftigte in der Pflege leisten eine anspruchsvolle und schwere Arbeit, die besser anerkannt werden muss. Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege und einen leichteren Zugang zu Ausbildung und Studium. Wir wollen, dass der Pflegeberuf besser bezahlt wird, flexibler wahrnehmbar und mit mehr Aufstiegschancen versehen ist. Wir teilen die Forderungen die im „Aktionsprogramm zur Aufwertung sozialer Berufe“ von den SPD-Bundesministerinnen Katarina Barley und Andrea Nahles gemeinsam mit der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin (SPD) am 31. August 2018 vorgestellt wurden.

Wir werden die aktuellen Arbeitsbedingungen von Pflegehilfskräften und –fachkräften diskutieren und konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Attraktivität des Pflegeberufes erarbeiten. Das Pflegeberufegesetz ist dazu ein wichtiger Beitrag. Eine gute und sichere Versorgung für Patientinnen und Patienten gibt es nur mit ausreichend Personal. Es ist richtig, dass 2020 ein wissenschaftlich fundiertes Verfahren zur Bemessung von Personalbedarf in Pflegeeinrichtungen entwickelt wird. Wir werden zuvor ein Sofortprogramm für mehr Personal in der Altenpflege umsetzen, um kurzfristig Entlastung für die Beschäftigten zu schaffen.

Der Pflegeberuf muss gerecht bezahlt, flexibler wahrnehmbar und mit mehr Aufstiegschancen versehen werden. Wir werden die aktuellen Arbeitsbedingungen von Pflegehilfskräften und –fachkräften diskutieren und konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Attraktivität des Pflegeberufes erarbeiten. Ein Mindestlohn in der Pflege ist wichtig, aber es ist noch kein guter Lohn. Deshalb brauchen wir einen Branchendialog und einen Pakt für anständige Löhne, mehr Tarifbindung, mehr allgemeinverbindliche Tarifverträge und am Ende einen Branchentarifvertrag Soziales.

## **Forderung 2 - Ausbildungskapazitäten/-finanzierung**

Der DPR fordert die Erhöhung der Ausbildungskapazitäten und die Sicherstellung einer auskömmlichen und einheitlichen Ausbildungsfinanzierung. Der zukünftige Ausbildungsplatzbedarf im Berufsfeld Pflege wird vor dem Hintergrund des demografischen Wandels rasant steigen. Nur durch mehr und bessere Qualifizierung ist die Sicherung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung durch qualifizierte Pflegefachpersonen möglich. Grundlage hierzu bildet eine bundeseinheitlich aussagekräftige Gesundheitspersonalstatistik. Sie ist für die so dringend erforderliche gesundheitspolitische Pflegebedarfsplanung (u.a. Planung des Qualifizierungsbedarfes) notwendig und sichert die Gesundheitsversorgung dauerhaft.

### **Antwort:**

Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege und einen leichteren Zugang zu Ausbildung und Studium. Das Pflegeberufegesetz ist dazu ein wichtiger Beitrag. Gut ausgebildete Pflegekräfte sorgen für eine kultur- und geschlechtersensible Pflege. Künftig soll aus der vollschulischen Ausbildung eine Ausbildung werden, die nicht nur gebührenfrei, sondern für die es zudem eine Ausbildungsvergütung gibt. Bildungsoptionen bis hin zum Studium sind darüber hinaus wichtig, damit wir in diesem Bereich international konkurrenzfähig sind. Wir brauchen dazu auch mehr staatlich oder betrieblich förderbare Fort- und Weiterbildungsangebote. Hier sind vor allem die Länder gefragt, das Fortbildungsangebot sinnvoll um Aufstiegsqualifizierungen zu erweitern.

## **Forderung 3 - Beteiligung und Mitbestimmung der Pflegenden**

Der DPR fordert die stimmberechtigte Beteiligung der Berufsgruppen Pflege und Hebammenwesen in allen relevanten Gremien des Gesundheitswesens (z.B. G-BA, IQTIG). Dadurch wird ein Beitrag für die Qualität der pflegerischen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger geleistet.

### **Antwort:**

Es ist gut, dass Pflegefachkräfte ihre Aufgaben auch zum Wohl der Versorgungsqualität selbst in die Hand nehmen wollen. Die SPD unterstützt die Stärkung der in Pflegeberufen tätigen Fachkräfte. Wir brauchen kompetente und engagierte Pflegefachkräfte, die ihre Arbeit auch selbstbewusst gestalten. Wir wollen, dass ihnen endlich eine höhere Anerkennung und Bezahlung zukommt.

Ob Pflegekammern für alle Pflegekräfte eine geeignete Struktur zur Interessenvertretung sind, oder ob andere Modelle in Frage kommen, muss vor allem in den Ländern eingeschätzt werden. Fragen der Arbeitsbedingungen, der Bezahlung und weitere arbeitsrechtlicher Aspekte müssen aber den Tarifpartnern, d.h. Gewerkschaften und Arbeitgebern vorbehalten bleiben. Um der Zersplitterung der arbeitsrechtlichen Vereinbarungen und der Tarifabschlüsse zu begegnen, ist ein allgemeinverbindlicher Branchentarifvertrag Soziales notwendig.

## **Forderung 4 - Schnittstellen zwischen den Sozialgesetzbüchern**

Der DPR fordert langfristig eine bessere inhaltliche Abstimmung der Sozialgesetzbücher. Durch Zusammenführung gesetzlicher Regelungen werden die bestehenden Schnittstellen zwischen den sozialrechtlichen Regelungen effektiver als bisher überwunden. Die in der Praxis bestehenden Versorgungsdefizite für die Bürgerinnen und Bürger werden wirksam abgebaut und Anreizsysteme für die Vermeidung / Reduzierung von Pflegebedürftigkeit geschaffen.

**Antwort:**

Damit ältere Menschen lange aktiv sein können, unterstützen wir flächendeckende und miteinander vernetzte Angebote für Gesundheit, Pflege und haushaltsnahe Dienstleistungen – legal, für alle zugänglich und bezahlbar. Hier braucht es eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern, Kommunen und den Sozialversicherungen. Als wohnortnahe Anlaufstellen spielen Pflegestützpunkte eine wichtige Rolle. Hier werden pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen beraten, unterstützt und bekommen bei der Organisation der Pflege die Hilfe, die sie brauchen. Ihre Unterstützung für pflegebedürftige Menschen und die Angehörigen werden wir ausbauen.

Zugleich müssen die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung und der Pflegeversicherung besser abgestimmt und auf die Bedarfe der Menschen ausgerichtet werden. Dazu schaffen wir eine integrierte Bedarfsplanung der gesamten medizinischen Versorgung, in die auch Rehabilitation und Pflege einbezogen werden.

**Forderung 5 - Sicherung aktueller pflegewissenschaftlicher Erkenntnisse**

Der DPR fordert das Recht der pflegebedürftigen Bürgerinnen und Bürger auf eine Versorgung ein, die dem aktuellsten pflegewissenschaftlichen Stand entspricht.

**Antwort:**

Bürgerinnen und Bürger sollen darauf vertrauen können, bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit bestmöglich und nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen versorgt zu sein.

Wir brauchen eine bessere Verzahnung zwischen der Grundlagenforschung und der Versorgung im Alltag. Dazu wollen wir bessere und intensivere Kooperationen ermöglichen, um den Transfer der Ergebnisse aus der Grundlagenforschung in den Alltag zu stärken. Zugleich wollen wir die Versorgungsforschung weiter stärken.

Wir wissen vergleichsweise viel über die Entstehung und Vermeidung von Krankheiten und Pflegebedürftigkeit, aber noch zu wenig über den Erhalt oder die Wiederherstellung von Gesundheit. Wir brauchen wissenschaftliche Evidenz darüber, unter welchen Bedingungen Menschen gesund bleiben, um gesundheitsfördernde Lebenswelten und Lebensbedingungen gestalten zu können, die Pflegebedürftigkeit vermeiden helfen. Die SPD sieht hier einen ressortübergreifenden Forschungsschwerpunkt.

**Attraktivität des Pflegeberufes nachhaltig fördern****Forderung 6 - Reform der Pflegeausbildung**

Der DPR fordert weiterhin eine grundlegende Reform der Pflege- und Hebammenausbildung mit vertikaler und horizontaler Durchlässigkeit sowie automatischer Anerkennung innerhalb der EU (DIR 2005/36/EG). Es bedarf einer Zusammenführung der drei Pflegeberufe zu einem neuen generalistischen Beruf mit Schwerpunktbildung sowie der regelhaften Möglichkeit des Berufszugangs über primär qualifizierende und weiterführende Studiengänge. Diese Forderungen leiten sich von den veränderten und komplexeren Erfordernissen der Klienten/-innen ab.

**Antwort:**

In Gesundheit, Pflege und Erziehung müssen die Fachkräfte stets auf dem Laufenden bleiben. Dafür brauchen wir sinnvolle, abgestimmte und transparente Bildungsstrukturen. Mit dem Pflegeberufegesetz führen wir jetzt bundesweit grundständige berufsqualifizierende Studiengänge in der Pflege ein.

Bildungsoptionen bis hin zum Studium sind auch für andere Sozial- und Gesundheitsberufe wichtig, damit wir in diesem Bereich international konkurrenzfähig sind. Wir brauchen dazu auch mehr staatlich oder betrieblich förderbare Fort- und Weiterbildungsangebote. Hier sind vor allem die Länder gefragt, das Fortbildungsangebot sinnvoll um Aufstiegsqualifizierungen zu erweitern.

Fort- und Weiterbildung soll nicht nur die Freude der Beschäftigten an der Arbeit steigern, sie muss sich auch finanziell auszahlen durch gute Beschäftigungs- und Verdienstaussichten!

### **Forderung 7 - Selbstbestimmung**

Der DPR fordert Vorbehaltsaufgaben für die Pflegenden, so dass die professionelle Berufsausübung kompetenzorientiert erfolgen kann. Dies bildet die Grundlage für die interdisziplinäre Kooperation und Sicherung der Qualität. Zudem wird damit mittelbar eine Attraktivitätssteigerung des Berufes in der Gesellschaft erreicht. Die Wahrnehmung und Ausübung heilkundlicher Tätigkeiten muss dabei regelhaft durch die Berufsgruppe selbst erfolgen, um den Versorgungsprozess für die Bürgerinnen und Bürger effektiver und einfacher zu gestalten.

Darüber hinaus fordert der DPR die Errichtung von Pflegekammern in allen Bundesländern.

#### **Antwort:**

Siehe dazu die Antwort bei „Beteiligung und Mitbestimmung der Pflegenden“

### **Forderung 8 - Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz**

Der DPR fordert die Sicherstellung einer gesundheitsschützenden und –fördernden Arbeitsplatzumgebung für Pflegenden durch Gesetz. Darüber soll erreicht werden, dass Pflegefachpersonen und Hebammen ihren Beruf gesund und bis zum Erreichen des Renteneintrittsalters ausüben können. Dazu gehört die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

#### **Antwort:**

Die Arbeit in Pflege-Berufen ist schwierig und belastend, vor allem, wenn sie im Schichtdienst verrichtet wird und Beschäftigte sich um Menschen in schwierigen Lebenslagen kümmern müssen.

Wir müssen die Beschäftigten besser in ihrer Arbeit schützen und alle gesetzlichen Möglichkeiten wirklich ausschöpfen.

Arbeitgeber sind gefordert gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für mehr vollzeitnahe Arbeitszeit zu schaffen. Wir werden die Möglichkeiten der Beschäftigten gesetzlich weiter stärken.

### **Forderung 9 - Förderung der Pflegeforschung**

Der DPR fordert eine Ausweitung der Finanzierung von Pflegeforschung und pflegebezogener Versorgungsforschung sowie die Gründung eines bundesweit tätigen Instituts für Pflegewissenschaft mit öffentlichen Mitteln. Dazu ist es erforderlich, spezifische Förderprogramme zu schaffen, die auch zur Entwicklung des pflegewissenschaftlichen Nachwuchses und der Karriereförderung beitragen.

#### **Antwort:**

Siehe dazu die Antwort „Sicherung aktueller pflegewissenschaftlicher Erkenntnisse“

## **Bessere Arbeitsbedingungen auch in stationären Pflegeeinrichtungen**

### **Forderung 10 - Bundeseinheitliche Personalregelungen in stationären Pflegeeinrichtungen**

Der DPR fordert eine bundeseinheitliche Regelung verbindlicher Personalschlüssel in stationären Pflegeeinrichtungen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass es zu Unterschieden bei den Personalschlüsseln kommt, weil dieselbe Pflegeleistung unterschiedlich vergütet wird.

### **Forderung 11 - Umsetzung des Verfahrens für die Personalbemessung ohne Verzögerung**

Der DPR fordert, dass die Entwicklung und Erprobung eines strukturierten, empirisch abgesicherten und validen Verfahrens für die Personalbemessung in Pflegeeinrichtungen gemäß § 113 c SGB XI ohne weitere Verzögerungen vorangeht und spätestens 2020 in Kraft tritt.

### **Forderung 12 - Anpassung der Fachkraftquote**

Am der bisherigen Grundlage für die 50%-Fachkraftquote nach der Heimpersonalverordnung von 1993 kann durch den gestiegenen Pflegebedarf der Pflegebedürftigen nicht mehr festgehalten werden. Durch Hochaltrigkeit, Multimorbidität und mehr Pflegeleistungen durch das PSG II ist der Bedarf an qualifizierten Pflegeleistungen gestiegen. Der DPR fordert daher die Ermittlung und Einführung einer an dem Pflegebedarf ausgerichteten Fachkraftquote.

### **gemeinsame Antwort auf die Forderungen 10-12:**

Eine gute und sichere Versorgung für Patientinnen und Patienten gibt es nur mit ausreichend Personal. Es ist richtig, dass 2020 ein wissenschaftlich fundiertes Verfahren zur Bemessung von Personalbedarf in Pflegeeinrichtungen entwickelt wird. Wir werden zuvor ein Sofortprogramm für mehr Personal in der Altenpflege umsetzen, um kurzfristig Entlastung für die Beschäftigten zu schaffen.

### **Forderung 13 - Klarstellung des Aufgabenprofils von Pflegefachpersonen**

Der DPR fordert die Bundesregierung auf eine pflegewissenschaftliche Studie zur Klarstellung des Aufgabenprofils von Pflegefachpersonen und den Möglichkeiten eines qualitativen Skill-Mix in Auftrag zu geben.

### **Antwort:**

Wir müssen die Pflegeberufe attraktiver machen und die Arbeitsbedingungen verbessern. Wie die weiteren Gesundheitsfachberufe übernehmen sie zentrale Aufgaben in der medizinischen und pflegerischen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger. Wir werden sie deshalb weiterentwickeln.

### **Forderung 14 - Finanzierung behandlungspflegerischer Leistungen durch die Krankenversicherung**

Der DPR fordert die Refinanzierung behandlungspflegerischer Leistungen in stationären Einrichtungen durch die Krankenversicherung im Sinne der Gleichstellung der Versicherten sowohl im ambulanten als auch in stationären Bereich.

### **Antwort:**

Siehe dazu die Antwort „Schnittstellen zwischen den Sozialgesetzbüchern“

### **Forderung 15 - Bundeseinheitliche Kriterien für das Anerkennungsverfahren ausländischer Berufsabschlüsse**

Um Pflegende aus dem Ausland in die deutsche Pflegelandschaft integrieren zu können, fordert der DPR bundeseinheitliche Kriterien für das Anerkennungsverfahren ausländischer Berufsabschlüsse, die sich an der EU-Berufsanerkennungsrichtlinie 2005/36/EG orientieren.

#### **Antwort:**

In der Arbeitswelt von morgen kommt der Weiterbildung grundsätzlich eine Schlüsselrolle zu. Wir brauchen deshalb eine Weiterbildungsoffensive. Bestehende Qualifizierungsangebote werden wir ausbauen und aufeinander abstimmen. Mit der Weiterbildungsoffensive und dem Recht auf Weiterbildung wollen wir grundsätzlich die Weiterbildungsmöglichkeiten in Deutschland stärken – hierzu gehört bei Bedarf auch der Bereich der interkulturellen Kompetenzen. Die Stärkung dieser interkulturellen Kompetenzen für Fachkräfte im Gesundheitswesen erscheint sinnvoll.

Mit einem Einwanderungsgesetz regeln wir transparent und verständlich, wer aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland einwandern darf. Die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte richtet sich nach den Interessen unseres Landes. Der Fachkräftemangel gefährdet unsere Wirtschaftskraft, unsere sozialen Sicherungssysteme und damit letztendlich auch unseren Wohlstand. Wir wollen deshalb ein Einwanderungsgesetz schaffen, mit dem wir den Zuzug qualifizierter Arbeitskräfte nach Deutschland besser steuern können.

Ein zentrales Element bei der Anerkennung von Studien- und Berufsabschlüssen und Nachqualifizierung ist die Verzahnung von Kompetenzfeststellung und Arbeitsmarktintegration. Jedem und jeder soll eine Kompetenzfeststellung ermöglicht werden. Die Kosten für Anerkennungsverfahren werden wir sozialverträglich gestalten und einen Rechtsanspruch auf Beratung zu Anerkennungsverfahren festschreiben.